

## **Außenpolitik unter dem Besatzungsstatut**

### **1. Das Petersberger Abkommen**

Nicht nur ein drängendes wirtschaftliches, sondern auch ein psychisches Problem waren für die deutsche Bevölkerung die Demontagen, die den Wiederaufbau des Landes und die Möglichkeiten der Kooperation mit den Alliierten behinderten. Adenauer erreichte im Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 die schrittweise Einstellung der Demontagen und darüber hinaus die Möglichkeit der deutschen Beteiligung und Mitwirkung an europäischen Organisationen, ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer eigenständigen Außenpolitik. Als Gegenleistung sicherte Adenauer den Alliierten die deutsche Mitarbeit in der Ruhrbehörde zu, mit der sie die industrielle Schlüsselregion der Bundesrepublik kontrollierten. Gegen dieses Zugeständnis und die Art seiner Verhandlungsführung ohne Konsultation des Parlaments erhob die SPD heftige Vorwürfe („Kanzler der Alliierten“), begab sich damit aber letzten Endes ins politische Abseits, weil die Bevölkerung wegen der rasch nachlassenden Demontagen der Politik des Kanzlers zustimmte. Die von Schumacher geforderte Unnachgiebigkeit gegenüber den Alliierten war angesichts der Machtverhältnisse in einem von der Alliierten Hohen Kommission kontrollierten, nicht souveränen Staat kaum praktikierbar. Schumacher sah sich aber bestätigt, als die Bundesrepublik in der Folge des Petersberger Abkommens nur mit eingeschränkten Vollmachten in den Europarat integriert wurde (Einladung am 31. März 1950, entsprechender Beschluß des Bundestages am 15. Juni 1950) und die gleichzeitige Aufnahme des Saarlandes zu akzeptieren hatte. Verweisen konnte Schumacher auch auf das von ihm befürchtete Wiederaufleben rechtsradikaler Organisationen (z. B. die Sozialistische Reichspartei), die im Ausland beunruhigt zur Kenntnis genommen wurden, aber keine entscheidende Bedeutung erlangen konnten. Doch folgte nicht nur die Vollmitgliedschaft im Europarat (2. Mai 1951), sondern auch der Beitritt zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (1. Oktober 1951), der der Bundesrepublik handelspolitische Freiräume eröffnete. Dem vorausgegangen war eine Revision des Besatzungsstatuts, wodurch es der Bundesrepublik möglich wurde, ein Außenministerium einzurichten (13. März 1951), das Adenauer selbst führte. Am 9. Juni 1951 beendeten die Westalliierten den Kriegszustand auch formell. Am 1. März 1952 räumten die Briten die Insel Helgoland.

### **2. Montanunion**

Während der Europarat mit seiner Aufgabe, die gemeinsamen Ideale der Mitgliedsstaaten und den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu fördern, sich sehr allgemein gehaltenen Zielen widmete und in der politischen Bedeutung eher zweitrangig blieb, kann man in der vom französischen Außenminister Schuman initiierten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion) einen ersten wesentlichen Schritt auf dem Weg zu einem vereinten Europa sehen. Der Vertrag, der einerseits dem französischen Sicherheitsbedürfnis entsprang und andererseits dem Wunsch Adenauers entsprach, die Bundesrepublik in ein westeuropäisches System zu integrieren, sah für die Bundesrepublik, Frankreich, Italien und die Beneluxstaaten eine gemeinsame Behörde vor, der sie ihre Kohle- und Stahlproduktion unterstellen sollten, sowie verschiedene gemeinsame Gremien, wie eine parlamentarische Versammlung und einen Gerichtshof. Der überwiegende Teil der Bevölkerung begrüßte den Vertrag, der am 18. April 1951 geschlossen wurde und am 25. Juli 1952 in Kraft trat, als Möglichkeit, den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu beschleunigen, während Schumacher ihn als „kapitalistisch“ und „konservativ“ ablehnte und damit die SPD weiter in eine isolierte Position hineinmanövrierte, aus der sie auch Erich Ollenhauer, Parteivorsitzender der SPD nach Schumachers Tod am 20. August 1952, nicht herausholen konnte.

### 3. Europäische Verteidigungsgemeinschaft und Deutschland-Vertrag

Kaum eine politische Auseinandersetzung wurde in der Bundesrepublik härter geführt als die Debatte um die deutsche Wiederbewaffnung. Wesentlicher Auslöser der Diskussion war der Ausbruch des Korea-Krieges (25. Juni 1950), als Truppen des kommunistischen Nord-Korea in das westlich orientierte Süd-Korea vordrangen. Auch wenn der Vergleich mit der Situation im geteilten Deutschland fragwürdig sein mochte, wurde trotzdem vielerorts ein ähnlicher Angriff auf die Bundesrepublik, ja sogar der Ausbruch des dritten Weltkrieges, befürchtet - für Adenauer eine Gelegenheit, die deutsche Wiederbewaffnung voranzutreiben. Er hielt die kommunistische Bedrohung der Bundesrepublik für tatsächlich evident und sah vor allem für ein unbewaffnetes Land nur wenig Chancen, einen militärischen Angriff aus dem Osten zu überleben, von der angestrebten Unabhängigkeit und Gleichberechtigung ganz zu schweigen. Gegen Adenauers Pläne gab es in seiner eigenen Regierung (Rücktritt von Innenminister Gustav Heinemann), in weiten Teilen der Bevölkerung („Ohne-mich“-Gefühl) und in der SPD erheblichen Widerstand. Argumentiert wurde unter anderem mit der Befürchtung, daß die deutsche Wiedervereinigung durch einen derartigen Schritt unmöglich gemacht werden würde. Abgelehnt wurden Adenauers Intentionen aber auch von Frankreich, das seine Sicherheitsinteressen gefährdet sah, während die USA einen deutschen Beitrag zur Verteidigung von Westeuropa für unerlässlich hielten.

Einen Kompromiß zwischen den verschiedenen Vorstellungen Adenauers, der sich durch die innerdeutschen Widerstände nicht von seinem Vorhaben abbringen ließ, der Franzosen und Amerikaner hätte die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) bilden sollen, in der deutsche Truppen einem übernationalen Kommando unterstanden hätten. Der entsprechende Vertrag wurde am 27. Mai 1952 nach zähen Verhandlungen, über deren Verlauf Adenauer selbst die eigene Regierung nur oberflächlich unterrichtet hatte, unterzeichnet. Gleichzeitig mit dem EVG-Vertrag sollte der parallel ausgehandelte Deutschland-Vertrag (Unterzeichnung am 26. Mai 1952) in Kraft gesetzt werden, der die Ablösung des Besatzungsstatuts und die Wiederherstellung der deutschen Souveränität unter dem Vorbehalt der alliierten Verantwortung in bezug auf Deutschland als Ganzes als wesentlichen Inhalt hatte. Während der Verhandlungen schlug die Sowjetunion Gespräche über die Wiedervereinigung eines dann neutralen Deutschland vor (Stalin-Noten vom 10. März und 9. April 1952), worauf aber nicht eingegangen wurde, da man hinter diesem diplomatischen Vorstoß, dem Adenauer die Ernsthaftigkeit absprach, nur ein Störmanöver vermutete. Hinzu kam, daß auch unter den Westalliierten keine große Neigung zu verspüren war, West-Deutschland als Pfeiler in ihrem Verteidigungssystem aufzugeben. Gegner der Politik Adenauers warfen ihm aber vor, mit der Zurückweisung des sowjetischen Vorschlags eine Chance auf die deutsche Wiedervereinigung verspielt zu haben, zumal die innerdeutsche Grenze nach dem Vertragsabschluß deutlich weniger durchlässig geworden war. Die Bundestagswahl 1953 erwies sich aber als ein klares Votum für die Außenpolitik des Kanzlers. Die Union kam auf 45,2 % der Stimmen, die SPD nur auf 28,8 %. Die neue Koalitionsregierung aus CDU/CSU, DP, GB/BHE (Gesamtdeutscher Block/ Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) und FDP verfügte über eine Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag. Als aber das Vertragswerk am 30. August 1954 trotz vieler deutscher diplomatischer Bemühungen vom französischen Parlament schließlich abgelehnt wurde, schien Adenauers Außenpolitik gescheitert zu sein.

### 4. Pariser Verträge

Daß bereits kurze Zeit nach Ablehnung des EVG-Vertrags eine Ersatzlösung gefunden werden konnte, gehört zu den bemerkenswertesten Entwicklungen der deutschen Nachkriegsgeschichte. Offensichtlich hatte sich die franzö-

sische Ablehnung weniger auf eine deutsche Wiederbewaffnung, sondern mehr auf den befürchteten eigenen Verlust an militärischer Souveränität bezogen, so daß britische Versuche, Ersatzlösungen herbeizuführen, zu positiven Ergebnissen führten.

In den Pariser Verträgen vom 23. Oktober 1954 wurde die Bundesrepublik in die Westeuropäische Union (WEU) und in die NATO integriert. Die WEU war als Ersatz für die EVG aus dem Brüsseler Vertrag des Jahres 1948 hervorgegangen, der, als Verteidigungspakt gegen Deutschland gegründet, nun zu einem westeuropäischen Verteidigungsbündnis umgeformt und um die Bundesrepublik und Italien erweitert wurde. Mit der gleichzeitigen Aufnahme in die NATO stand fest, daß aufzustellende deutsche Truppen einem gemeinsamen alliierten Oberkommando unterstellt sein würden. Die Ablösung des Besatzungsstatuts machte aus Besatzungsstreitkräften Verbündete. Für das Saarland war in den Verträgen nach einer Volksabstimmung eine Europäisierung vorgesehen. Diese Europäisierung wurde aber von den Saarländern am 23. Oktober 1955 abgelehnt, die statt dessen den Anschluß an die Bundesrepublik befürworteten, der am 1. Januar 1957 vollzogen wurde, nachdem sich Adenauer und die französische Regierung über die Anschlußmodalitäten geeinigt hatten. Gültig wurden die Pariser Verträge am 5. Mai 1955. Die Bundesrepublik hatte eine weitgehende Souveränität erlangt. Die Antwort der Sowjetunion darauf war die Gründung des Warschauer Paktes, in den die DDR einbezogen wurde, wodurch die deutsche Teilung weiter vertieft wurde.

#### **Quelle 1: Aus dem Petersberger Abkommen vom 22. November 1949**

Die Besprechungen waren getragen von dem Wunsch und der Entschlossenheit beider Parteien, ihre Beziehungen auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens fortschreitend zu entwickeln. Zunächst ist es ihr vordringlichstes Ziel, die Bundesrepublik als friedliebendes Mitglied in die europäische Gemeinschaft einzugliedern. [...] Dabei wurden sie bestärkt durch eine weitgehende Gemeinsamkeit der Anschauungen und Absichten. Im einzelnen wurde Übereinstimmung in folgenden Punkten erzielt:

I. Die Hohe Kommission und die Bundesregierung sind übereingekommen, die Teilnahme Deutschlands an allen den internationalen Organisationen herbeizuführen, in denen deutsche Sachkenntnis und Mitarbeit zum allgemeinen Wohl beitragen können. Sie bringen ihre Genugtuung über die in dieser Richtung bereits unternommenen verschiedenen Schritte zum Ausdruck, wie die Teilnahme der Bundesrepublik an der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), den von beiden Seiten ausgesprochenen Wunsch, daß die Bundesrepublik demnächst als assoziiertes Mitglied in den Europarat aufgenommen werden soll, und die beabsichtigte Unterzeichnung eines zweiseitigen Abkommens mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Marshallplanhilfe.

II. In der Überzeugung, daß die möglichst enge Mitarbeit Deutschlands zu dem Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft wünschenswert ist, erklärt die Bundesregierung ihre Absicht, der internationalen Ruhrbehörde, in der sie derzeit nur durch einen Beobachter vertreten ist, als Mitglied beizutreten. [...]

IV. Die Hohe Kommission und die Bundesregierung sind übereingekommen, daß die Bundesregierung nunmehr die schrittweise Wiederaufnahme von konsularischen und Handelsbeziehungen mit den Ländern in Angriff nehmen wird, mit denen derartige Beziehungen als vorteilhaft erscheinen.

V. Die Bundesregierung, die aus freien, demokratischen Wahlen hervorgegangen ist, bekräftigt ihren Entschluß, den Grundsätzen der Freiheit, Toleranz und Menschlichkeit, die die westeuropäischen Nationen verbinden,

rückhaltlos Achtung zu verschaffen und sich in ihrem Handeln von diesen Grundsätzen leiten zu lassen. Die Bundesregierung ist fest entschlossen, alle Spuren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aus dem deutschen Leben und seinen Einrichtungen auszutilgen und das Wiederaufleben totalitärer Bestrebungen welcher Art auch immer zu verhindern. Sie wird bemüht sein, den Aufbau der Regierung freiheitlich zu gestalten und autoritäre Methoden auszuschalten.

40

VIII. Die Hohe Kommission hat die Frage der Demontage angesichts der von der Bundesregierung gegebenen Zusicherungen erneut überprüft und folgenden Änderungen des Demontageplans zugestimmt:

45 Die nachstehend aufgeführten Werke werden von der Reparationsliste gestrichen, und die Demontage ihrer Einrichtungen wird sofort eingestellt:

[Es folgt eine Reihe von größeren Betrieben überwiegend aus der Stahlindustrie (Anm. d. Verfass.).]

(Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart Bd. 26, hg. v. A. Michaelis und E. Schraepfer, Dokumenten-Verlag Wendler Berlin o. J., S. 425 ff.)

*1. Welche außenpolitischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten eröffnet das Petersberger Abkommen für die Bundesrepublik?*

*2. Wo liegen die Zugeständnisse Adenauers? Wie sind sie angesichts der harten politischen Auseinandersetzung darüber zu bewerten?*

**Quelle 2: Aus dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951**

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist dazu berufen, im Einklang mit der Gesamtwirtschaft der Mitgliedstaaten und auf der Grundlage eines gemeinsamen Marktes [...] zur Ausweitung der Wirtschaft, zur Steigerung der Beschäftigung und zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten beizutragen.

5

Die Gemeinschaft hat in fortschreitender Entwicklung die Voraussetzungen zu schaffen, die von sich aus die rationellste Verteilung der Erzeugung auf dem höchsten Leistungsstande sichern, sie hat hierbei dafür zu sorgen, daß keine Unterbrechung in der Beschäftigung eintritt, und zu vermeiden, daß im Wirtschaftsleben der Mitgliedstaaten tiefgreifende und anhaltende Störungen hervorgerufen werden. [...]

10

(Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994, hg. v. Auswärtigen Amt, Verlag Wissenschaft und Politik Köln 1995, S. 184 ff.)

*3. Fasse die Bestimmungen des Vertrages zusammen, und umreiße deren außen- und wirtschaftspolitische Tragweite für die Bundesrepublik!*

*4. Inwiefern sind deutsche und französische außenpolitische Interessen im Vertrag berücksichtigt?*

**Quelle 3: Memorandum Adenauers über die Sicherung des Bundesgebietes vom 29. August 1950**

I. Die Entwicklung im Fernen Osten hat innerhalb der deutschen Bevölkerung Beunruhigung und Unsicherheit ausgelöst. Das Vertrauen, daß die westliche Welt in der Lage sein würde, Angriffshandlungen gegen Westeuropa rasch und wirksam zu begegnen, ist in einem besorgniserregenden Ausmaß  
5 im Schwinden begriffen und hat zu einer gefährlichen Lethargie der deutschen Bevölkerung geführt.

II. Der ganze Ernst der Situation ergibt sich aus der Betrachtung der in der Ostzone versammelten sowjetischen Kräfte und der dort im beschleunigten Aufbau befindlichen Volkspolizei.  
10

Man muß damit rechnen, daß die Sowjetregierung sich von der Ostzonenregierung stärker distanzieren und dieser völkerrechtlich größere Handlungsfreiheit gewähren wird, um dadurch die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß sie selbständig ihr „Einigungswerk“ zunächst mit einer Befreiung  
15 Berlins beginnen und später mit Aktionen der Volkspolizei gegen die Bundesrepublik fortsetzen könnte. [...]

III. Als Gegenkräfte stehen in Westdeutschland diesen Gegnern je zwei  
20 amerikanische und britische Divisionen und einige französische Verbände gegenüber.

Die Bundesregierung verfügt, wenn man von den schwachen Kräften des Zollgrenzdienstes absieht, über keine Kräfte. [...]

25 IV.[...] Der Bundeskanzler hat [...] seine Bereitschaft erklärt, im Falle der Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingents zu leisten. Damit ist eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß der Bundeskanzler eine Remilitarisierung Deutschlands durch Aufstellung einer eigenen nationalen militärischen Macht ablehnt.

(Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945 - 1977. Teil 2, hg. v. K. v. Schubert, Verlag Wissenschaft und Politik Köln 1979, S. 79 ff.)

*5. Wie sieht Adenauer die Situation in Korea? Wie ist seine Sichtweise zu beurteilen?*

*6. Wie sind die Ausführungen im Abschnitt IV zu verstehen?*

**Quelle 4: Denkschrift von Gustav Heinemann zur deutschen Sicherheit vom 13. Oktober 1950**

Vor der Frage, ob wir Deutsche in der Bundesrepublik einen militärischen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas leisten wurden, steht die andere Frage, ob die Bundesregierung im voraus ungefragt ihre Bereitwilligkeit zur militärischen Beitragsleistung erklärt hat. [...] Ist es vertretbar,  
5 daß eine Erklärung von solch entscheidungsvoller Tragweite vom Bundeskanzler abgegeben wird, ohne daß das Kabinett an der Willensbildung beteiligt ist? [...]

Es ist nicht unsere Sache, eine deutsche Beteiligung an militärischen  
10 Maßnahmen nachzusuchen oder anzubieten. Wenn die Westmächte unserer Mitwirkung zu bedürfen glauben, so mögen sie an uns herantreten und dabei

verbindlich sagen, welches die Grundlagen einer etwa von ihnen gewünschten deutschen Mitwirkung sein sollen. [...]

15 Die Aufstellung deutscher Truppen bedeutet eine schwere Belastung unserer  
sozialen Gestaltungsmöglichkeiten. Wenn es bisher nicht gelangt hat, den  
Ostvertriebenen und Kriegsbeschädigten, den Wohnungslosen und Sozialrent-  
nern, der Jugend und manchen anderen Gruppen unseres Volkes zu geben, was  
20 ihnen zusteht, so werden Rüstungsausgaben ihre Situation nicht erleich-  
tern. [...]

Besonders bedeutungsvoll ist die Frage, ob eine westdeutsche militärische  
Beteiligung auf Rußland provozierend wirken würde. [...]

25 Wenn das Wiedererstehen des deutschen Soldaten in Frankreich ein tiefes  
Mißbehagen auslöst, was wird es in Rußland auslösen, das den furor teuto-  
nicus in besonderem Maße erlebt und ebenfalls nicht vergessen hat?

30 Ich versuche nicht, auf diese Fragen heute eine Antwort zu geben. Sie  
werden aber vor uns stehen, wenn wir unseren Weg von der Parole bestimmen  
lassen wollen, daß wir uns doch zur Verteidigung bereitmachen müssen. [...]

Angesichts dieser Situation haben wir wahrlich bis zum äußersten ein Le-  
bensinteresse daran, daß eine friedliche Lösung gefunden wird. Was für

35 Rußland und seine Satelliten auf der einen Seite und für die Westmächte  
auf der anderen Seite zwar ein todernstes Spiel um die Existenz ist, aber  
immerhin noch eine Chance des Gewinnens oder doch des Überlebens in sich  
schließt, ist für uns mit höchster Wahrscheinlichkeit der Tod, weil wir  
40 das Schlachtfeld eines beiderseitigen totalen Vernichtungswillens sind.  
[...]

(Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945 -  
1977. Teil 1, hg. v. K. von Schubert, Verlag Wissenschaft und Politik  
Köln 1977, S. 91 ff.)

*7. Mit welchen Argumenten wendet sich Heinemann gegen die deutsche Wie-  
derbewaffnung?*

*8. Inwiefern geht seine Kritik am Kanzler über die Frage der Wiederbe-  
waffnung hinaus?*

**Quelle 5: Aus der Regierungserklärung des französischen Ministerpräsi-  
denten René Pleven vom 24. Oktober 1950**

Die französische Regierung dachte, daß die Verwirklichung der Montanunion  
es ermöglichen würde, sich an den Gedanken einer europäischen Gemein-  
schaft zu gewöhnen, ehe die so delikate Frage einer gemeinsamen Verteidi-  
gung in Angriff genommen würde. Die Ereignisse in der Welt lassen ihr  
5 keine Frist. [...]

Jedes System, das sich sofort oder in einem gewissen Zeitraum, direkt  
oder indirekt, mit oder ohne Bedingungen zur Schaffung einer deutschen  
Armee entwickeln würde, würde das Mißtrauen und den Verdacht wiedererwe-  
10 ken. Die Aufstellung deutscher Divisionen, die Einrichtung eines deut-  
schen Verteidigungsministeriums würden früher oder später in verhängnis-  
voller Weise zur Wiederherstellung einer nationalen Armee führen und da-  
durch zum Wiedererwachen des deutschen Militarismus. [...]

15 Die Unterzeichnung der Montanunion wird sehr bald, wie wir hoffen, die  
Einmütigkeit von sechs Teilnehmerländern besiegeln, die allen Völkern  
Europas die Garantie gibt, daß die Stahl- und Kohleindustrien Westeuropas  
nicht zu aggressiven Zielen benutzt werden können. Sobald diese Unter-  
schrift erreicht ist, fordert die französische Regierung, daß das Problem  
20 des deutschen Beitrags zur Aufstellung einer europäischen Streitkraft  
(force europeenne) in einer Weise gelöst wird, die den grausamen Lehren  
der Vergangenheit und der Entwicklung, die viele Europäer in allen euro-  
päischen Ländern geben wollen, Rechnung trägt.

25 Sie schlägt für eine gemeinsame Verteidigung die Schaffung einer europäi-  
schen Armee vor, die mit den politischen Institutionen des geeinten Euro-  
pas verbunden ist. [...]

Die Aufstellung einer europäischen Armee könnte sich nicht einfach aus  
30 der Zusammenfassung nationaler Militäreinheiten ergeben, die in Wirklich-  
keit nur eine Koalition alten Typs verschleiern würde. Unzweifelhaft ge-  
meinsamen Aufgaben können nur gemeinsame Organismen gerecht werden. Eine  
Armee des geeinten Europas, gebildet aus Männern der verschiedenen euro-  
päischen Nationen, soll, soweit dies irgend möglich ist, eine vollständi-  
35 ge Verschmelzung der Mannschaften und der Ausrüstung herbeiführen, die  
unter einer einheitlichen politischen und militärischen europäischen Au-  
torität zusammengefaßt werden. [...]

Die Mitgliedstaaten, die über eigene nationale Streitkräfte verfügen,  
40 würden ihre Befehlsgewalt über den Teil ihrer Truppen, die der europäi-  
schen Armee nicht eingegliedert werden, behalten.

Die europäischen Streitkräfte, die den vereinten atlantischen Streitkräf-  
ten zur Verfügung stünden, würden, was die allgemeine Strategie der Orga-  
45 nisation und Ausrüstung betrifft, gemäß den Verpflichtungen des Atlantik-  
paktes operieren. [...]

(Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945 -  
1977. Teil 1, hg. v. K. v. Schubert, Verlag Wissenschaft und Politik Köln  
1977, S. 99 ff.)

*9. Beschreibe, wie eine europäische Armee nach französischer Vorstellung  
aussehen sollte! Wie würde sich danach der deutsche Beitrag von dem der  
anderen Mitgliedstaaten unterscheiden? Wie würde der Vorschlag zu Adenau-  
ers Vorstellungen passen?*

*10. Welche politischen Gegebenheiten haben die französische Regierung zu  
diesem Vorschlag veranlaßt?*

#### **Quelle 6: Aus dem Deutschlandvertrag vom 26. Mai 1952**

##### Artikel 1

1. Die Bundesrepublik hat volle Macht über ihre inneren und äußeren Ange-  
legenheiten, vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Vertrages.

2. Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages und der in Artikel 8 aufgeführ-  
ten Verträge (in diesem Vertrag als „Zusatzverträge“ bezeichnet) werden  
die Drei Mächte das Besatzungsstatut aufheben und die Alliierte Hohe Kom-  
mission sowie die Dienststellen der Landeskommissare auflösen.

3. Die Drei Mächte werden künftig ihre Beziehungen mit der Bundesrepublik  
durch Botschafter unterhalten.

## Artikel 2

1. Die Drei Mächte behalten im Hinblick auf die internationale Lage die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte in bezug auf a) die Stationierung von Streitkräften in Deutschland und den Schutz von deren Sicherheit, b) Berlin und c) Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung.

2. Die Bundesrepublik wird sich ihrerseits jeder Maßnahme enthalten, welche diese Rechte beeinträchtigt, und wird mit den Drei Mächten zusammenwirken, um ihnen die Ausübung dieser Rechte zu erleichtern.

## Artikel 4

1. Die Aufgabe der von den Drei Mächten im Bundesgebiet stationierten Streitkräfte wird die Verteidigung der freien Welt sein, zu der die Bundesrepublik und Berlin gehören. [...]

4. Die Bundesrepublik wird sich an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beteiligen, um zur gemeinsamen Verteidigung der freien Welt beizutragen.

## Artikel 5

2. Wenn die Bundesrepublik und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft außer Stande sind, einer Lage Herr zu werden, die entstanden ist durch einen Angriff auf die Bundesrepublik oder Berlin, durch eine umstürzlerische Störung der freiheitlichdemokratischen Grundordnung, durch eine schwere Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder durch den ernstlich drohenden Eintritt eines dieser Ereignisse [...], können die Drei Mächte, nachdem sie die Bundesregierung im weitestmöglichen Ausmaß konsultiert haben, in der gesamten Bundesrepublik oder in einem Teil der Bundesrepublik einen Notstand erklären.

## Artikel 7

1 . Die Bundesrepublik und die Drei Mächte sind darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß. [...]

(Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, hg. v. Auswärtigen Amt, Verlag Wissenschaft und Politik Köln 1972, S. 208 ff.)

11. *Bewerte die im Deutschland-Vertrag der Bundesrepublik zugestandene Souveränität!*

12. *Ordne den Deutschland-Vertrag in Adenauers außenpolitisches Konzept ein!*

**Quelle 7: Die Stalin-Noten von 1952 aus der Sicht von Wissenschaftlern**

Erstens hat die Sowjetunion zu keinem Zeitpunkt im Jahre 1952 die Wiedervereinigung zu akzeptablen Bedingungen, nämlich unter Opferung der SED-Herrschaft, angeboten. Die Notenkampagne sollte vielmehr offenbar die

Initiative im Propagandakrieg zurückzugewinnen und hinter dem Schirm einer Schuldzuweisung an den Westen die Stabilisierung - nicht zuletzt die militärische Stabilisierung - der DDR als Glied des Ostblocks erleichtern. Außerdem sollte sie den westlichen Gegnern der westeuropäischen Integrationspolitik Argumente liefern.

Zweitens war der Einfluß der Bundesregierung und des Bundeskanzlers auf die Notenpolitik der Westmächte minimal [...]

Aus beiden Gründen ist drittens die Behauptung, im Jahre 1952 sei vor allem aufgrund der Haltung der Bundesregierung und des Bundeskanzlers eine Chance zur Wiedervereinigung vertan worden, wohl nicht haltbar.

(aus: H. -P. Schwarz, Die Legende der verpaßten Gelegenheiten. (D 1982 Belser Verlag, Stuttgart, S. 36 f.)

Nimmt man alle Indizien zusammen, so kann wohl kein Zweifel mehr daran bestehen, daß Stalin im Frühjahr 1952 bereit war, Deutschland die Wiedervereinigung zuzugestehen. Die Frage bleibt nur, wie weit er tatsächlich bereit war zu gehen. [...] Da auch die Westmächte nach anfänglichem Zögern davon überzeugt waren, ist ihre Reaktion besonders interessant. [...] Sie wollten kein neutralisiertes Gesamtdeutschland, da dies zu große Risiken und Nachteile mit sich brachte. Die Westintegration der Bundesrepublik war in jedem Fall die bessere Lösung [...] Daß nicht einmal versucht wurde, in direkten Verhandlungen „auszuloten“, wie weit Stalin wirklich bereit gewesen wäre zu gehen, was - bei aller Problematik - ohne Gefährdung der Westintegration möglich gewesen wäre, bleibt das historische Versäumnis jenes Frühjahrs 1952.

(Rolf Steininger: Deutsche Geschichte 1945 - 1961 Bd. 2. (D Fischer Taschenbuch Verlag GmbH Frankfurt am Main 1983, S. 411 ff.)

*13. Wie beurteilen die beiden Historiker das sowjetische Angebot einer deutschen Wiedervereinigung?*

*14. Unterziehe die Ausführungen einer kritischen Würdigung!*

**Quelle 8: Aus einer Rede von Ollenhauer zu den Pariser Verträgen vor dem Deutschen Bundestag am 15. Dezember 1954**

Wir waren und wir sind der Meinung, daß nach dem Scheitern der EVGPolitik und vor der Beratung und Entscheidung über andere Formen eines militärischen Beitrags der Bundesrepublik zunächst ein neuer ernsthafter Versuch unternommen werden sollte, in Vier-Mächte-Verhandlungen die Möglichkeiten einer befriedigenden Lösung der deutschen Frage zu prüfen. [...] Der Herr Bundeskanzler hat in Paris eine große Zahl von Verträgen und Vereinbarungen unterzeichnet; aber eine Vereinbarung und eine Unterschrift fehlt: Es gibt auch unter den Pariser Dokumenten keine Vereinbarung über die gemeinsame Politik zur Verwirklichung des Ziels der deutschen Wiedervereinigung; [...] Damit ist eindeutig der Aufrüstung der Bundesrepublik der Vorrang vor der Wiedervereinigung gegeben worden. [...] Es ist die Tragik der Außenpolitik der Bundesrepublik, daß sie sich bis heute nicht hat befreien können aus den Zwangsläufigkeiten, die sich aus dem Angebot der deutschen Aufrüstung durch den Herrn Bundeskanzler vom August 1950 ergeben haben, und daß praktisch die Integration der Bundesrepublik in den Westen immer den Vorrang vor der Wiedervereinigung gehabt hat. [...] Ein Vertragswerk, das weder der Sicherheit noch der Einheit des deutschen Volkes dient, ist unannehmbar [...]

(Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte. 2. Wahlperiode 1953/1957, 15. Dezember 1954, S. 3136 ff.)

**Quelle 9: Aus einer Rede von Strauß vor dem Deutschen Bundestag am 24. Februar 1955**

20 Die Ablehnung der Pariser Verträge rückt jedenfalls die Wiedervereinigung  
Deutschlands in Frieden und Freiheit in den Bereich der politischen Un-  
möglichkeit. Damit ist nicht gesagt, daß die Annahme der Pariser Verträge  
uns in einer genau festzulegenden Zeit die Wiedervereinigung schenkt.  
Aber die Annahme der Pariser Verträge bringt die solidarische Verpflich-  
25 tung der Westmächte, die deutsche Wiedervereinigung zu unterstützen. Sie  
bringt die Souveränität der Bundesrepublik, und sie bringt die Ausgangs-  
grundlage für eine Konferenz mit der Sowjetunion, bei der der Westen we-  
der gespalten noch seine Völker gegeneinander ausgespielt werden können,  
noch die Bundesrepublik Deutschland als Objekt fremder Politik mißbraucht  
werden kann. [...] Wir sind uns mit der Opposition einig über das Ziel: die  
30 Wiedervereinigung. Wir sind uns mit ihr einig in der Erkenntnis, daß dar-  
über Verhandlungen mit der Sowjetunion geführt werden müssen. Wir unter-  
scheiden uns aber dadurch, daß wir erstens das Sicherheitsbedürfnis mit  
den Westmächten und die Souveränität der Bundesrepublik vor diesen Ver-  
handlungen durchsetzen wollen, zweitens, daß wir die Neutralisierung ei-  
35 nes wiedervereinigten Deutschlands als Übergangszustand zur Bolschewisie-  
rung ablehnen müssen.

(Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte. 2. Wahlperiode 1953/1957, 24. Februar 1955, S. 3578 f.)

*15. Wie beurteilen Ollenhauer und Strauß den deutschlandpolitischen Aspekt der Pariser Verträge?*

*16. Versuche, die tatsächliche Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 in eine Beziehung zu den von Ollenhauer und Strauß vertretenen Positionen zu setzen!*

## 4 Lösungsvorschläge

1. Mit dem Petersberger Abkommen war es der Bundesrepublik möglich, internationalen Organisationen beizutreten, was einer eigenständigeren Außenpolitik, die aufgrund des Besatzungsstatuts nur eingeschränkt möglich war, eine deutliche Schubkraft verlieh. Als konkrete Organisationen nannte das Abkommen den Europarat und die OEEC. Letztere war in wirtschaftlicher Hinsicht von Bedeutung, da durch sie die Hilfeleistungen aus dem Marshallplan organisiert wurden. Da das Abkommen darüber hinaus eine weitgehende Einstellung der Demontagen vorsah, stellte es auch einen Ausgangspunkt für die positive wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik dar.

2. Adenauers Bereitschaft zur Mitarbeit in der internationalen Ruhrbehörde wurde ihm als zu großes Zugeständnis ausgelegt. Denn darin sah man die Anerkennung, daß die wichtigste deutsche Industrieregion nicht unter deutscher Kontrolle stand. Dagegen eingewendet werden kann, daß das Petersberger Abkommen in diesem Bereich letzten Endes nicht über die Bestimmungen des Besatzungsstatuts hinausgeht, die den Alliierten eben diese Kontroll- und Eingriffsrechte offenließen. Überdies wäre durch die aktive Mitarbeit in der Ruhrbehörde eine Möglichkeit gegeben, auf dem Verhandlungsweg Schritt für Schritt die staatliche Verfügungsgewalt zurückzuerhalten.

3. In der Montanunion sollte die Kohle- und Stahlproduktion in den Unionsländern (Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Benelux-Staaten) gemeinsamen Organen unterstellt werden. Für die Bundesrepublik stellte dies nach dem Beitritt zum Europarat einen weiteren Schritt in die Richtung einer europäischen Gemeinschaft dar, dem wesentlichen Ziel von Adenauers Außenpolitik. Die allgemeinen Bestimmungsziele zur Ausweitung der Wirtschaft, Beschäftigung und Steigerung der Lebenshaltung konnten die Bundesrepublik beim wirtschaftlichen Wiederaufbau unterstützen und die Hilfeleistungen aus dem Marshallplan flankieren.

4. Da die Kohle- und Stahlproduktion im Hinblick auf eine potentielle Rüstungswirtschaft wichtig werden und beispielsweise für Frankreich eine Bedrohung darstellen konnte, hätte die Montanunion eine internationale Kontrolle dieses Bereichs in der Bundesrepublik ermöglichen können, was dem französischen Sicherheitsbedürfnis entgegengekommen wäre.

5. Adenauer versuchte, die Situation in Korea (geteiltes Land, Überfall des kommunistischen Nordens auf den westlich orientierten Süden) auf Deutschland zu übertragen, wo die Bevölkerung einen ähnlichen Überfall befürchtete. Offensichtlich teilte Adenauer die Sorge der Bevölkerung und beklagte eine nach seiner Ansicht nur unzureichende Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik. Es war aber zumindest fragwürdig, ob Deutschland und Korea in einer parallelen Situation gesehen werden konnten, da angesichts der Präsenz alliierter Truppen in der Bundesrepublik ein kommunistischer Überfall als eher unwahrscheinlich anzusehen war. Für Adenauer bot der Korea-Krieg eine Möglichkeit, eine bis dahin indiskutable Wiederbewaffnung in die Wege zu leiten, wobei er auf die nicht ausreichende Stärke der Westalliierten verwies und so die Notwendigkeit eines deutschen Verteidigungsbeitrages suggerierte.

6. Offensichtlich wollte Adenauer über den Weg der Wiederbewaffnung die Westintegration der Bundesrepublik vorantreiben. Es ging ihm seinen eigenen Bekundungen nach nicht um eine nationale Remilitarisierung, die auch gar nicht durchzusetzen gewesen wäre. Vielmehr sprach er von einer „westeuropäischen Armee“, zu der er nur einen Beitrag leisten wollte. Man darf darüber hinaus davon ausgehen, daß mit dem Hinweis auf die eigenen

Verteidigungsanstrengungen Adenauer auch größere Mitspracherechte eingefordert hätte. Die Wiederbewaffnung wäre demnach Mittel zum Zweck der Westintegration und Erreichung der deutschen Gleichberechtigung.

7. Heinemann sah in den Verteidigungsaufwendungen eine Belastung für die sozialen Aufgaben und befürchtete, daß die Sowjetunion, die im Krieg besonders unter der deutschen Militärmacht zu leiden hatte, sich durch die Wiederbewaffnung provoziert oder bedroht fühlen könnte. Darüber hinaus erwartete er Schwierigkeiten im Verhältnis zu Frankreich. Statt selbst einen Vorstoß zur Wiederbewaffnung zu unternehmen, hätte Adenauer nach Heinemanns Auffassung lieber ein Angebot der Westalliierten abwarten sollen. Offensichtlich glaubte er, daß damit die (unbegründete) Angst vor einer deutschen Aggression, etwa bei Frankreich, abgemildert worden wäre.

8. Die Vorwürfe Heinemanns bezogen sich aber nicht nur auf die inhaltliche Seite. Vielmehr warf er Adenauer auch dessen autoritären Führungsstil vor, als er sich über die mangelnde Informierung der Bundesregierung beklagte.

9. Die gemeinsamen Verteidigungsaufgaben sollten nach Pleven einer gemeinsamen europäischen Armee übertragen werden, in der die Soldaten der beteiligten Länder einem gemeinsamen politischen Oberkommando unterstellt sind. Diese gemeinsame Armee würde im Rahmen der NATO-Verpflichtungen operieren. Ausführlich stellte Pleven seine Vorbehalte gegenüber einer nationalen deutschen Streitmacht dar, die nach seiner Einschätzung zu einem Wiedererwachen des deutschen Militarismus führen würde, vor dem aber die Integration der deutschen Streitkräfte in die europäische Armee schützen würde.

10. Die französische Regierung wollte ihrem eigenen Sicherheitsbedürfnis vor der Bundesrepublik, vor der kommunistischen Bedrohung und der (von den USA in den Vordergrund gestellten) Notwendigkeit eines deutschen Verteidigungsbeitrages Rechnung tragen. Eine internationale Kontrolle von aufzustellenden deutschen Streitkräften hätte dem entsprochen und wäre auch im Sinne Adenauers gewesen (siehe Aufgabe 6).

11. Der Deutschland-Vertrag sah zwar die Aufhebung des Besatzungsstatuts vor und gewährte der Bundesrepublik prinzipiell die volle Macht über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten, ermöglichte aber den Westalliierten nach wie vor erhebliche Eingriffsrechte, falls sie die freiheitlichdemokratische Grundordnung bedroht sahen. Allerdings war kaum zu erwarten, daß eine Situation entsteht, in der die Westalliierten von diesen Rechten Gebrauch machen.

12. Da der Deutschland-Vertrag der Bundesrepublik Souveränitätsrechte zurückgab und ihre Einbeziehung in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Aussicht stellte, war Adenauers Konzept von Gleichberechtigung und Westintegration aufgegangen. Die deutsche Wiedervereinigung, wichtiges Ziel von Adenauer, war dagegen nur als Desiderat genannt.

13. Graml hält die Möglichkeit einer Wiedervereinigung unter akzeptablen Bedingungen im Jahr 1952 nicht für realistisch. Ziel der diplomatischen Noten sei es vielmehr gewesen, den Westmächten die Verantwortung für das Weiterbestehen der deutschen Teilung zuweisen zu können, wenn diese auf das Angebot - wie offensichtlich erwartet nicht eingehen. Außerdem sieht Graml im Angebot eine Möglichkeit, die Westintegration der Bundesrepublik zu erschweren, da sie den Gegnern der deutschen Westintegration ein Argument für eine Neutralisierung Deutschlands liefere. Auch ist nach Auffassung Gramls der

Vorwurf gegenüber der Bundesregierung, eine Chance zur Wiedervereinigung sei vertan worden, nicht berechtigt, weil der deutsche Spielraum, eigenständig auf das Angebot zu reagieren, nur sehr gering gewesen, die Entscheidung also bei den Westalliierten gefallen sei.

Steiniger geht dagegen von einer realistischen Chance auf eine deutsche Wiedervereinigung aus. Die Frage, wie diese Wiedervereinigung beschaffen gewesen sei, bleibt aber auch für ihn bestehen, da nicht festzustellen sei, zu welchen Zugeständnissen Stalin letzten Endes bereit gewesen wäre. Dies nicht überprüft zu haben, sieht er als Fehler der Politik der Westmächte, die die Westintegration der Bundesrepublik einer deutschen Wiedervereinigung vorgezogen hätten.

14. Angesichts der Erfahrungen mit der aggressiven sowjetischen Außenpolitik nach dem 2. Weltkrieg, die auf Ausweitung und Sicherung des eigenen Machtbereichs ausgerichtet war, erscheint eine Preisgabe der DDR kaum vorstellbar (siehe auch 17. Juni 1953). So wird man, wenn überhaupt von der echten Möglichkeit eines neutralen Gesamtdeutschlands ausgegangen werden kann, in diesem ein Zielobjekt sowjetischer Interessen sehen müssen. Neben der sowjetischen Auffassung von „Neutralität“ wird man auch die sowjetische Interpretation von „Demokratie“ und „freien Wahlen“ zu hinterfragen haben, die im Angebot enthalten waren, aber mit westlichen Auffassungen natürlich nicht übereinstimmten. Auch Wahlen in der DDR waren nach sowjetischer Auffassung frei, auch in der DDR herrschten nach sowjetischer Auffassung demokratische Verhältnisse. Dieser Problematik ist sich auch Steiniger bewußt, als er deutlich auf die Bedeutung der Frage, wie weit Stalin tatsächlich zu gehen bereit war, hinweist. Seiner Vorhaltung, diese Frage nicht nachdrücklich genug gestellt zu haben, wird man sich nicht entziehen können, denn ernsthaft geprüft wurde der Vorschlag der Sowjetunion nicht. Ob allerdings eine ernsthafte Prüfung eine akzeptable Möglichkeit der deutschen Wiedervereinigung eröffnet hätte, muß angesichts der dargestellten Erfahrungen mit sowjetischer Außenpolitik bezweifelt werden. Völlig auszuschließen ist sie aber nicht, zumal sich ja in Österreich nach dem Abschluß des Staatsvertrages im Jahr 1955 - natürlich unter anderen Voraussetzungen - eine derartige Entwicklung vollzog.

15. Ollenhauer befürchtete eine Zementierung der deutschen Teilung, da in den Pariser Verträgen kein klares Konzept zur Verwirklichung der Wiedervereinigung enthalten sei. Er warf der gesamten Außenpolitik

Adenauers vor, daß die Integration der Bundesrepublik in den Westen Vorrang vor der Wiedervereinigung gehabt habe. Strauß war dagegen der Meinung, erst durch die Westintegration sei die Wiedervereinigung unter akzeptablen Bedingungen möglich. Ein neutrales Deutschland werde durch den Bolschewismus bedroht und müsse über kurz oder lang in den Einflußbereich des kommunistischen Ostens geraten.

16. Die Wiedervereinigung Deutschlands gestaltete sich in der Art, wie sie Strauß in der Bundestagsrede formuliert hatte, nämlich auf der Basis einer Verankerung der Bundesrepublik im Westen, die den Anschluß der DDR ermöglichte. Die Art der Wiedervereinigung dürfte auch den Vorstellungen Adenauers entsprochen haben Verhandlungen der Siegermächte des 2. Weltkrieges, an deren Ende ein wiedervereinigtes, demokratisches, in die Wertegemeinschaft des Westens integriertes Deutschland stand, das sich um gute Beziehungen zu allen Nachbarn bemüht. Eine Sichtweise, die diese Entwicklung nur mit der entsprechenden Außen- und Deutschlandpolitik Adenauers erklärt, wäre aber sicher verkürzt. Sie würde die umwälzenden Entwicklungen in der Sowjetunion und im gesamten Ostblock, die die Wiedervereinigung mit ermöglicht haben, unbeachtet lassen. Hingewiesen werden muß auch auf die Bedeutung der Ostpolitik einer von der SPD geführten Bundesregierung, die die Zementierung der deutschen Teilung etwas gelock-

kert hat wieder auf der Basis der festen Einbindung der Bundesrepublik in den Westen. In keinem Fall überschätzt werden darf dabei der Grad des politischen Spielraums der jeweiligen Bundesregierung. Die grundsätzlichen politischen Entscheidungen bzw. Weichenstellungen waren Sache der Alliierten.